

Prozess gegen Extinction Rebellion: Aktivisten wehren sich gegen Bußgelder

Fünf Klimaaktivisten stehen vor Gericht in Düsseldorf wegen Beihilfe zum Hausfriedensbruch während einer Protestaktion am Landtag.

Folgen des Protests: Aktivisten im Kreuzfeuer der Justiz

Der 20. Mai 2021 bleibt in der Erinnerung vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen als ein Tag des Protestes, als 21 Aktivisten der Organisation „Extinction Rebellion“ den Vorplatz des NRW-Landtags mit einem Wohnwagen und einer klaren Botschaft eroberten. Ihr Ziel war es, auf die Anliegen der Bürger zu pochen und die Einflussnahme von Lobbyisten anzuprangern.

Hintergründe der Anklage

Fünf der Aktivisten, darunter zwei Frauen und drei Männer, stehen nun vor dem Amtsgericht Düsseldorf. Den fünf Personen zwischen 37 und 66 Jahren wird Beihilfe zum Hausfriedensbruch vorgeworfen, da sie auf dem Wohnwagen saßen, während andere ihrer Gruppe auf das Dach des Landtags kletterten und dort ein Transparent mit der Aufschrift: „Lobbys raus – Bürger:innen rein“ entrollten.

Gerichtlicher Widerstand

Die Verteidiger der Angeklagten bezweifeln die rechtliche Grundlage der Anklage. Den Juristen zufolge könnte schon das

bloße Dasein der Aktivisten zur strafbaren Beihilfe gezählt werden, was sie jedoch für fragwürdig halten. Die umstrittene Entscheidung, die Verfahrenseinstellung vor dem Prozess abzulehnen, ist Ausdruck der Entschlossenheit der Aktivisten, gegen bereits verhängte Geldstrafen von jeweils 450 Euro vorzugehen.

Langfristige Konsequenzen des Protests

Für die Veranstalter des Protests hat dieser nicht nur juristische Implikationen, sondern auch bauliche Konsequenzen gehabt. Um zukünftige Aktivitäten zu erschweren, wurden am Vorplatz des Landtags zahlreiche Poller installiert – eine Maßnahme, die bis Mai 2022 in Kraft bleiben sollte und fast 300.000 Euro kostete. Zu dieser Infrastruktur gehören zehn fest verbaute sowie vier elektrisch versenkbare Poller, die das Areal absichern sollen.

Vorgeschichte der Protestbewegung

Die Protestaktion war nicht die erste ihrer Art. Bereits im Januar 2020 hatten Aktivisten von Extinction Rebellion im Plenarsaal des Landtags für Aufsehen gesorgt, indem sie eine Treppe besetzten und sich teilweise an Fensterscheiben festklebten. Diese wiederholten Aktionen sind Teil einer breiteren Bewegungsstrategie, um dringliche Umweltanliegen auf die politische Agenda zu setzen.

Ein wichtiges Signal für die Gesellschaft

Die Geschehnisse um den Protest in Düsseldorf sind nicht nur eine juristische Auseinandersetzung, sondern werfen auch grundlegende Fragen über das Recht auf Versammlung und die Rolle von Aktivismus in der Gesellschaft auf. Angesichts des globalen Klimawandels und der weitreichenden politischen Entscheidungen, die anstehen, wird die öffentliche Diskussion über das Engagement der Bürger immer wichtiger. Die mutigen Schritte der Aktivisten fordern alle dazu auf, über die eigene

Rolle in der Gesellschaft nachzudenken und sich für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de